

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP), eröffnet die 232. Sitzung des Einwohnerrates und heisst die Mitglieder des Einwohnerrates, des Gemeinderates, die anwesenden Gäste und die Pressevertreter willkommen.

Inpflichtnahme von drei Mitgliedern des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2014/2017

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP) nimmt gestützt auf die Bestimmungen des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates in Pflicht:

Andreas Baschnagel (SVP)

Pascal Schlegel (SVP)

Bruno Schmid (SVP)

Traktandenliste

- | | | |
|----|---------|--|
| 1 | | Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten |
| 2 | 2014.18 | Kreditabrechnung Umbau Gemeindehaus |
| 3 | | Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechtes |
| 31 | 2014.19 | Alexey Denisov und Yuliya Sosedova, mit ihren Kindern, Russland |
| 32 | 2014.20 | Neivatha Karunarahaj, Sri Lanka |
| 33 | 2014.21 | Albin, Argzon und Abulena Kolica, Kosovo |
| 34 | 2014.22 | Tamara Lukic, Serbien |
| 35 | 2014.25 | Ana Moncada und Tiziano Salvatore, mit ihren Kindern, Venezuela/Italien |
| 36 | 2014.26 | Irfan und Binnur Köseoglu, Türkei |
| 4 | 2014.24 | Verpflichtungskredit Kindergrabfeld |
| 5 | 2014.23 | Verpflichtungskredit Sanierung Jurastrasse Süd |
| 6 | 2014.16 | Motion Toni Burger (CVP) und Mitunterzeichner betreffend Verminderung Verzinsungsaufwand für die APK-Ausfinanzierungsschuld; Überweisung |
| 7 | 2014.17 | Motion Barbara Scheidegger (CVP) und Mitunterzeichner betreffend Vergütungen aus Verwaltungsräten, Kommissionen usw.; Überweisung |
| 8 | | Beantwortung von gestellten Fragen |
| 9 | | Mitteilungen des Gemeinderates |
| 10 | | Neueingänge |

Die Traktandenliste gilt in der vorliegenden Form als genehmigt.

1 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP):

Todesfall

Christen Reusser ist am 19. März 2014 kurz nach seinem 80. Geburtstag eingeschlafen. Im Dezember hat er bei der Jubiläumsfeier 40 Jahre Einwohnerrat noch mit uns angestossen. Christen Reusser war vom 01. Januar 1982 bis 31. Dezember 1993 Mitglied des Einwohnerrates. Er gehörte der FDP-Fraktion an. 1984 wurde er zum Vizepräsidenten gewählt und in den Jahren 1986/87 amtierte er als Präsident. Ihm kam die Ehre zu, den Einwohnerrat während der „2000-Jahr-Feier“ zu vertreten. Unter seinem Vorsitz hat der Einwohnerrat bereits 1986 ausserhalb des Gemeindehauses getagt. Aus Anlass der 2000-Jahrfeier wurde eine Sitzung in einem Strohhaus auf dem Festgelände des Volksfestes durchgeführt. Mit seiner ruhigen Art und seinem heimeligen Bernerndialekt hat Christen Reusser den Rat geleitet und seine Voten, insbesondere diejenigen zu den Finanzen vorgetragen.

Gedenkminute Christen Reusser

Parlamentarische Vorstösse

Dem Einwohnerrat stehen verschiedene parlamentarische Instrumente zur Verfügung, um die Bedürfnisse der Bevölkerung aufzunehmen oder eigene Anliegen einzubringen.

Motion

Die Motion ist die stärkste Form der parlamentarischen Instrumente und kann von jedem Einwohnerrat in Form einer allgemeinen Anregung oder eines ausgearbeiteten Entwurfes beim Präsidenten schriftlich eingereicht werden. Der Motionsinhalt muss in die Zuständigkeit der Gesamtheit der Stimmberechtigten oder des Einwohnerrates fallen. Der Einwohnerrat muss die Überweisung der Motion an den Gemeinderat beschliessen. Dieser muss innerhalb von sechs Monaten einen Bericht und einen Antrag unterbreiten. Ist dies nicht möglich, muss er dem Einwohnerrat einen schriftlichen Zwischenbericht über den Stand der Arbeiten unterbreiten.

Postulat

Jeder Einwohnerrat kann beim Präsidenten mit einem schriftlichen Antrag den Gemeinderat einladen, zu einem bestimmten Vorgehen oder Verhalten, das in die Zuständig-

keit der Gemeindeorgane fällt, Stellung zu nehmen. Ein Postulat ist weniger verbindlich, der Gemeinderat kann von sich aus die Entgegennahme des Postulates erklären. Lehnt der Gemeinderat eine Übernahme ab, muss der Rat über die Überweisung abstimmen. Die Bearbeitung erfolgt analog der Motion.

Interpellation

Jeder Einwohnerrat kann beim Präsidenten schriftlich eine Anfrage einreichen und Auskunft über einen Gegenstand der Verwaltung oder des Gemeinderates verlangen. Die Interpellation wird von einem Mitglied des Gemeinderates beantwortet.

Neu eingereichte Vorstösse werden jeweils am Ende der Sitzung unter dem Traktandum „Neueingänge“ bekannt gegeben. Neue Vorstösse müssen deshalb spätestens vor diesem Traktandum beim Büro eingereicht werden. Die Überweisung wird an der nächsten Sitzung traktandiert, so wie dies heute bei den Traktanden 6 und 7 der Fall sein wird.

Kleine Anfrage

Jeder Einwohnerrat kann Fragen an den Gemeinderat einreichen. Diese müssen bis am Freitag, spätestens 12.00 Uhr, in der Woche vor der Einwohnerratssitzung, bei den Einwohnerdiensten schriftlich eingereicht werden. Dieses Vorgehen entspricht nicht ganz dem Reglement, vereinfacht aber die Abläufe. Die Einwohnerdienste sind für die Information des Einwohnerratspräsidenten und des Gemeinderates besorgt. Der Gemeinderat muss die eingereichten Fragen mündlich an der nächsten Sitzung beantworten. Dies ist heute ebenfalls der Fall, die eingereichten Fragen werden unter Traktandum 8 beantwortet. Die Presse wird durch die Einwohnerdienste über neu eingereichte Vorstösse informiert. Es ist mir wichtig, dass der Einwohnerrat, der Gemeinderat und die Verwaltung über die Vorstösse informiert sind, bevor darüber in der Presse berichtet wird.

Bei Fragen zu den Abläufen stehen die Einwohnerdienste gerne zur Verfügung.

Sitzungsablauf

Das Geschäftsreglement sieht Ordnungsanträge vor. Dies sind Anträge auf Nichteintreten, auf Rückweisung eines Geschäftes an eine Kommission oder an den Gemeinderat, auf Verlängerung oder Abbruch der Sitzung, auf Verschiebung oder Beratung eines Geschäftes oder den Abbruch einer Diskussion. Der Antrag auf Nichteintreten ist unmittelbar nach Eröffnung dieses Geschäftes zu stellen. Darüber wird sofort diskutiert und

abgestimmt. Ich bitte klar zu kommunizieren, ob es sich um einen Antrag auf Nichteintreten oder um Rückweisung handelt.

Informationsveranstaltungen des Gemeinderates

Mit den Sitzungsdaten wurden die Termine der Informationsveranstaltungen bekanntgegeben. Der Gemeinderat orientiert an diesen Veranstaltungen über die Geschäfte der kommenden Einwohnerratssitzung. Die Einwohnerräte erhalten eine gute Möglichkeit, sich aus erster Hand über die Geschäfte informieren zu lassen und Fragen an die Gemeinderäte, respektive an die Verwaltung zu stellen. Das Interesse an der letzten Informationsveranstaltung war sehr gering. Ich bitte den Einwohnerrat, die Termine vorzumerken. Die Fraktionspräsidien bitte ich, diese Anlässe in die Jahresplanung der Fraktion aufzunehmen. Im Minimum sollte von jeder Fraktion eine Delegation anwesend sein.

Rednerpult

Die Mehrheit der Anwesenden hat an der 2. Oktobersitzung im letzten Jahr im Foyer Campussaal gute Erfahrungen mit einem Rednerpult und dem Mikrofon gemacht. Die interfraktionelle Konferenz hat angeregt, den Einsatz eines Rednerpultes in den regulären Sitzungen zu prüfen. Das Büro hat diese Frage diskutiert. Trotz des sehr guten Ablaufes der Sitzung vom 23. Oktober 2013 soll an der bisherigen Tradition festgehalten und die Voten vom Sitzplatz aus gehalten werden. Mit einem Rednerpult geht die Spontaneität in einer laufenden Diskussion verloren. Es wird tendenziell wohl eher darauf verzichtet, für ein kurzes Statement ans Rednerpult zu treten. Das Büro ist der Meinung, dass die Qualität der Diskussionen dadurch verloren geht.

Einblick in die Gemeindeverwaltung

Vor der Sitzung fand der Anlass „Einblick in das Dienstleistungsunternehmen Gemeinde Windisch“ statt. Die anwesenden Einwohnerräte wurden durch die verschiedenen Verwaltungsabteilungen geführt. Der Rundgang war sehr informativ und hat Schranken zwischen Verwaltung und den Einwohnerräten abgebaut. Es konnte Einblick in die täglichen Arbeiten genommen werden, die Zusammenhänge wurden aufgezeigt. Im Namen des Einwohnerrates danke ich der Verwaltung und dem Gemeinderat für die Organisation und die Durchführung dieses gelungenen Anlasses.

Protokolle

Die 20-tägige Frist gemäss § 26 der Gemeindeordnung für die Eingabe von Korrekturen und Ergänzungen an das Einwohnerratsbüro zu den Protokollen der 230. und 231. Sitzung ist noch nicht abgelaufen.

2 2014.18

Kreditabrechnung Umbau Gemeindehaus

(gemeinderätliche Botschaft vom 17. Februar 2014)

Heiko Loretan Kühnis, Präsident FiGPK (CVP): Da die Verwaltung wusste, dass der Kredit nicht eingehalten werden kann, hätte beim Einwohnerrat ein Zusatzkredit eingeholt werden müssen. Dieser wäre wohl genehmigt worden. Die Botschaft weist eine Kreditüberschreitung von 11.3% aus. Nach unserer Berechnung beträgt diese, bezogen auf den bewilligten Kredit exkl. Teuerung und Anpassung MWST, 14.4%. Alle Arbeiten wurden submissioniert und es wurden mindestens zwei Anbieter angefragt. Die Arbeiten sind ausgeführt, die Rechnungen bezahlt. Die FiGPK empfiehlt die Genehmigung der Kreditabrechnung.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Algimantas Gegeckas (CVP): Die Erfahrungen in den letzten zwei Jahren belegen, dass der Umbau gelungen ist. Die Arbeit mit der Verwaltung ist angenehm. Trotz den erwähnten Mängeln stimmen wir der Kreditabrechnung zu.

Fredy Bolt (SP): Wir stimmen der Kreditabrechnung ebenfalls zu. Eine bessere Budgetierung wäre möglich gewesen, wie beispielsweise bei der Brandmeldeanlage oder der Statik. Für die Kostenüberschreitungen, welche in Zusammenhang mit besseren Arbeitsabläufen entstanden sind, haben wir Verständnis. Über Kreditüberschreitungen ist früher zu informieren, mindestens die FiGPK. Bei Umbauten wünschen wir ein besseres Controlling.

Martin Schibli (EVP): Positiv ist der gut gelungene Umbau, negativ die Kreditüberschreitung. Sehr negativ ist, dass kein Zusatzkredit verlangt und die rechtlichen Vorgaben nicht eingehalten wurden. Das bis Ende Jahr gültige Dekret über den Finanz-

haushalt der Gemeinden bestimmt unter § 16 „Zusatzkredit“: „Zeigt sich vor oder während der Ausführung eines Projektes, dass der gesprochene Verpflichtungskredit nicht ausreicht, ist ein Zusatzkredit vor dem Eingehen neuer Verpflichtungen einzuholen. Ist dies ohne bedeutende nachteilige Folgen für die Gemeinde nicht möglich, bewilligt der Gemeinderat den Zusatzkredit.“ Es wäre problemlos möglich gewesen, diesen Zusatzkredit beim Einwohnerrat einzuholen. Der Ablauf ist sehr unbefriedigend. Wir sind möglichen Varianten für diese Überschreitung nachgegangen, befriedigen konnte uns jedoch keine. Entweder funktionierte das Finanzcontrolling nicht oder es wurde aus politischen Gründen kein Zusatzkredit für die bekannte Überschreitung eingeholt. Dies führt zur bangen Frage, wie sieht es wohl bei der Sanierung des Bezirksschulhauses aus? Wir erwarten in Zukunft von allen involvierten Personen eine fachlich einwandfreie Umsetzung der Beträge oder die gesetzeskonforme Einhaltung der Finanzkompetenzen. Die EVP-Fraktion hat Stimmfreigabe beschlossen.

Christian Locher (SVP): Mit den bereits erwähnten Vorbehalten stimmen auch wir der Kreditabrechnung zu. Wie hoch ist der Kreditbetrag über den der Gemeinderat bei einem solchen Projekt selbst entscheiden kann, ohne dem Einwohnerrat eine Vorlage unterbreiten zu müssen?

Philipp Umbricht (FDP): Zumindest optisch ist der Umbau gelungen. Über die arbeits-technischen Vorteile müssen die betroffenen Mitarbeitenden entscheiden. Die Kreditüberschreitung ist unerfreulich, noch negativer ist, dass rund Fr. 44'000.00 auf die Möblierung zurückzuführen sind. Bei einem Umbau entstehen in der Regel Mehrkosten. Es ist auch möglich, dass sich während des Umbaus ein grösserer Bedarf an Möbeln zeigt. Dies ist aber kein Grund, diese Möbel zu Lasten des Baukredits mit dem Wissen zu beschaffen, dass dieser bereits überschritten ist. Es muss ein Zusatzkredit eingeholt, oder die Finanzierung über das Budget beantragt werden. Nachteile entstehen keine, der Sitzungsrhythmus des Einwohnerrates hätte zu einer Verzögerung von max. drei Monaten geführt. Bestellungen werden ohne bewilligte Kredite getätigt und unsere Bemühungen, den Finanzhaushalt ins Lot zu bringen, torpediert. Unsere Sparbemühungen werden mit diesem Vorgehen sinnlos. Wir sind aber nicht der Meinung, dass nicht notwendige oder zu teure Möbel angeschafft wurden. Wir erwarten, dass in Zukunft die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden. Dadurch eintretende Verzögerungen gehören zu den Spielregeln. Eine abschliessende Bemerkung: Nach den Mehrausgaben von Fr. 44'000.00 für die Möbel hätte auch der Kredit für das Kindergrab ohne Zustimmung des Einwohnerrates bewilligt werden können. Die FDP stimmt

der Kreditabrechnung zähneknirschend zu. Die Abrechnung ist in Ordnung, das Geld ausgegeben, somit ist eine Rückweisung sinnlos.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Der Einwohnerrat gibt dem Gemeinderat mit der Genehmigung eines Verpflichtungskredites die Kompetenz, die Aufgaben in diesem Rahmen zu tätigen. Entstehen während der Ausführung Veränderungen mit zusätzlichen Arbeiten, muss der Gemeinderat eine mögliche Erhöhung abwägen. Er hat bei den Möbeln abgewogen, ob ein Umzug mit den alten Möbeln sinnvoll ist. Drei Monate später wäre nochmals ein kompletter Umzug mit den neuen Möbeln notwendig geworden. Der Gemeinderat hat entschieden, die Möbel sofort zu Lasten des Verpflichtungskredites anzuschaffen. Der Gemeinderat muss die Nachhaltigkeit gewährleisten und es dürfen keine wesentlichen Verzögerungen bei den Umbauarbeiten resultieren. Im Juni folgt eine ähnliche Vorlage. Auch hier musste der Gemeinderat unzählige Male entscheiden, bauen wir weiter oder stoppen wir die Bauarbeiten. Er musste Beschlüsse fassen. Der Gemeinderat hat keine betragsmässige Grenze, er muss die Verhältnismässigkeit und die Nachhaltigkeit prüfen.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 34 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung „Umgestaltung Gemeindehaus“ wird genehmigt.

Der Einwohnerrat fasst mit 33 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Kreditüberschreitung von CHF 90'874.30 wird zu Lasten der Investitionsrechnung der Einwohnergemeinde genehmigt.

3 Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechtes

31 2014.19

Alexey Denisov und Yuliya Sosedova, mit ihren Kindern, Russland
(gemeinderätliche Botschaft vom 10. Februar 2014)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 34 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Alexey Denisov und Yuliya Sosedova und ihren Kindern Timofey und Georgiy wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

32 2014.20

Neivatha Karunarajah, Sri Lanka
(gemeinderätliche Botschaft vom 10. Februar 2014)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 34 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Neivatha Karunarajah wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

33 2014.21

Albin, Argzon und Albulena Kolica, Kosovo
(gemeinderätliche Botschaft vom 10. Februar 2014)

Eintreten ist unbestritten.



Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 33 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Albin Kolica wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

Der Einwohnerrat fasst mit 33 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Argzon Kolica wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

Der Einwohnerrat fasst mit 33 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Albulena Kolica wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

34 2014.22

Tamara Lukic, Serbien

(gemeinderätliche Botschaft vom 10. Februar 2014)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 34 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Tamara Lukic wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

35 2014.25

Ana Moncada und Tiziano Salvatore, mit ihren Kindern, von Venezuela/Italien

(gemeinderätliche Botschaft vom 26. Februar 2014)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 33 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Ana Moncada und Tiziano Salvatore und ihren Kindern Ariana und Sofia wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

36 2014.26

Irfan und Binnur Köseoglu, Türkei

(gemeinderätliche Botschaft vom 26. Februar 2014)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 33 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Irfan und Binnur Köseoglu wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

4 2014.24

Verpflichtungskredit Kindergrabfeld

(gemeinderätliche Botschaft vom 17. Februar 2014)

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Der Einwohnerrat hat am 26. Oktober 2011 den Projektierungskredit von Fr. 46'700.00 für die erste Umbauetappe des Friedhofs genehmigt. Das Urnenplattengrab und das Gemeinschaftsgrab wurden 2013 fertiggestellt. Als dritter Schritt beantragt der Gemeinderat einen Verpflichtungskredit von

Fr. 46'332.00 für die Erstellung des Kindergrabfeldes. Mit der Gestaltung hat der Gemeinderat Doris Solenthaler, Gebenstorf, beauftragt. Das Kindergrabfeld soll ein eigenständiger Ort mit verschiedenen Bestattungsmöglichkeiten sein. Der Gemeinderat beantragt die Genehmigung dieses Verpflichtungskredites.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Barbara Scheidegger (CVP): Wir stimmen diesem Verpflichtungskredit zu. Der Gemeinderat hat 2010 die Friedhofsplanung mit dem Masterplan gestartet und in verschiedenen Phasen die Erweiterungen und Sanierungen geplant und ausgeführt. Wir danken dem Gemeinderat für die sorgfältige Arbeit. Es fällt mir immer wieder die Aufgabe zu darauf hinzuweisen, dass der Friedhof ein Bestandteil unserer Dorfkultur ist. Die Gestaltung des Friedhofs erfolgt sehr sorgfältig, auch beim Kindergrab wurde dies so gehandhabt.

Ruedi Kümmin (EVP): Einen Ort zu haben, wo man hingehen kann, wenn man den grossen Schmerz eines verlorenen Kindes zu tragen hat, ist sehr wertvoll. Mit der Schaffung dieses Kindergrabfeldes, mit den verschiedenen Bestattungsmöglichkeiten, steht ein solcher Ort zur Verfügung. Die EVP dankt Doris Solenthaler für den sorgfältigen und würdevollen Gestaltungsvorschlag und stimmt diesem Antrag gerne zu.

Martin Gautschi (FDP): Wir schliessen uns den Vorrednern an. Wir stimmen dem Verpflichtungskredit einstimmig zu. Wir bitten den Kredit einzuhalten.

Pia Stammler (SP): Wir stimmen ebenfalls zu. Das Kindergrabfeld ist Bestandteil des Masterplans und des Projektierungskredites. Nachdem allen Krediten zugestimmt wurde, ist die Ausführung des Kindergrabes sinnvoll.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat stimmt dem Verpflichtungskredit von Fr. 46'332.00, inkl. 8 % MwSt., für den Bau des Kindergrabfeldes zu.

5 2014.23

Verpflichtungskredit Sanierung Jurastrasse Süd

(gemeinderätliche Botschaft vom 17. Februar 2014)

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP): Ich bitte den Gemeinderat gleichzeitig mit seiner Stellungnahme die kleine Anfrage von Philipp Umbricht zu beantworten.

Heinz Wipfli, Gemeinderat (CVP): Die Jurastrasse verfügt über keine Oberflächenentwässerung. Bei starken Regenfällen fliesst das Wasser in die angrenzenden Grundstücke und verursacht Probleme. Bei den Liegenschaften im Bereich Chapf Schulhaus ist die Strassengestaltung immer noch provisorisch. Eine Grenzbereinigung wurde nie durchgeführt. 2002 wurde mit einer Vorstudie die Strassensanierung beurteilt. Diese bildete die Basis für die Bearbeitung der Sanierung im Jahre 2011. Der Einwohnerrat hat im Juni 2012 den Verpflichtungskredit für die Sanierung kritisch beurteilt und an den Gemeinderat zurückgewiesen. Die Meinungen und Vorgaben des Einwohnerrates wurden ausgewertet und Massnahmen eingeleitet. Mit Vertretern der Fraktionen, der FiPla und der FiGPK wurden in Arbeitssitzungen die Sanierungsproblematik und die Werterhaltung thematisiert und Empfehlungen formuliert. Kernaussagen sind: Die kombinierte Werterhaltung von Strasse, Abwasser, Wasser, Strom soll aufgrund der langfristigen Kostenoptimierungen weitergeführt werden. Dem Einwohnerrat ist für jedes einzelne Projekt eine Kreditvorlage zu unterbreiten. Die Projekte sind transparent im Finanzplan abzubilden. Die finanzielle Belastung darf mittelfristig die Tragkraft der Gemeinde nicht überschreiten. Die Eigenwirtschaftsbetriebe können mit den gebildeten Rückstellungen die Sanierungsprojekte finanzieren. Die Vorlage geht auf den Wunsch nach verschiedenen Varianten ein. Der Gemeinderat hat die Werterhaltung der Jurastrasse gestützt auf die Kernaussagen 2013 neu bewertet. Die wesentlichsten Punkte sind: Fehlende Entwässerung der Strassenoberfläche, schlechter Zustand des Strassenbelages und der Abwasserleitungen, mangelhafter Zustand und mangelhafte Kapazität beim EW, mangelhafter Zustand der Wasserleitungen. In den Stosszeiten wird die Jurastrasse als Umfahrung der Hauptverkehrsachse benützt. Diese Möglichkeit wird rege benützt und gefährdet die Verkehrssicherheit. Der Gemeinderat unterbreitet vier Varianten: 1. Die Strasse wird saniert und ist wieder neuwertig. Die Varianten 2 und 3 beinhalten zusätzlich Verkehrsberuhigungsmassnahmen. Langfristig beurteilt priorisiert

der Gemeinderat die Variante 3. Variante 4 beinhaltet nur den Einbau der fehlenden Oberflächenentwässerung und klärt die Rechtslage bezüglich den Verpflichtungen der Gemeinde gegenüber den Anwohnern. Variante 1 ist nicht langfristig, weil bei einer späteren Sanierung der Strasse die Investition hinfällig wird. Der Gemeinderat übernimmt mit dieser Vorlage seine Verantwortung. Er bittet den Einwohnerrat, seine Verantwortung ebenfalls wahrzunehmen, auf die Botschaft einzutreten, sich für eine Variante zu entscheiden und den erforderlichen Verpflichtungskredit zu genehmigen. Es sind weitere Dialoge notwendig, um den Sanierungsbedarf der Strassen detaillierter zu erklären. Wir werden diesen Dialog führen und in Zusammenarbeit mit Fraktionsvertretern die Meinungsbildung erarbeiten.

Beantwortung Kleine Anfrage Philipp Umbricht (FDP)

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Die Zielrichtung dieser Anfrage ist unklar, ich versuche sie trotzdem zu beantworten. Der Gemeinderat hat für die Einwohnergemeinde ein jährliches Investitionsvolumen von 2.5 Mio. Franken fixiert. Bei den Spezialfinanzierungen Wasserwerk, EW, Abwasser und Abfallentsorgung sind die Volumen nicht fixiert. Die Investitionen sind aufgrund der grossen Reserven finanzierbar. Ohne Investitionen nehmen diese weiter zu und der Nachholbedarf wird immer grösser. Nebst der Werterhaltung bestehen auch nicht beeinflussbare Abhängigkeiten, beispielsweise bei der Erschliessung des Areals Linde-Sonne. Der Gestaltungsplanprozess für dieses Areal ist im Gange. Die Kosten für die Erschliessung sind dieses Jahr eingeplant. In der Zwischenzeit wurde die Planung gestoppt und auch der Kredit für die Erschliessung wird nicht mehr weiter bearbeitet. Dem Einwohnerrat wird deshalb wohl kaum 2014 eine Vorlage unterbreitet werden können. Die Anfrage enthält auch bereits genehmigte Kredite. 2012 hat der Einwohnerrat den Kredit für die Sanierung des Reussprallhangs genehmigt. Die Planung ist noch im Gange, es gab Einsprachen und das Projekt hat sich verzögert. Die Investitionen fallen somit nicht wie geplant an. Die Projekte sind von verschiedenen Faktoren abhängig. Der Gemeinderat wird die Vorgaben des Budgets einhalten. Es werden dem Einwohnerrat 2014 nur mögliche Verpflichtungskredite unterbreitet. Tatsache ist, dass sich die Investitionen auf die Jahre 2015 oder 2016 verschieben. Bei den laufenden Verpflichtungskrediten ist nicht mit Mehrkosten zu rechnen. Die Kreditabrechnung Umbau Gemeindehaus bildet eine grosse Ausnahme. In den letzten Jahren wurden sämtliche Kredite eingehalten, teilweise massiv unterschritten. Aus Sicht des Gemeinderates fallen keine zusätzlichen Vorlagen an. Veränderungen werden im Budget 2015 berücksichtigt. Jede Botschaft gibt Auskunft über die

Vermögenssituation der Spezialfinanzierungen und der Einwohnergemeinde und über die Beanspruchung der bewilligten Kredite. Die geplanten Projekte können durch die Spezialfinanzierungen problemlos finanziert werden. Wir müssen investieren, damit die Reserven bei den Spezialfinanzierungen nicht mehr weiter ansteigen. Wir müssen eine Reduktion der Anschlussgebühren verhindern, früher oder später müssen sie bei der Realisierung der Projekte wieder erhöht werden. Aufgeschoben bedeutet nicht aufgehoben. Ich hoffe, die Fragen korrekt beantwortet zu haben. Die Sanierung der Jurastrasse ist dem Gemeinderat sehr wichtig. Er will Mittel investieren und bei der Werterhaltung einen Schritt vorwärts gehen. Dieser Kredit belastet das Jahr 2014 nur gering. Der grösste Teil wird 2015 anfallen und im Budget berücksichtigt.

Philipp Umbricht (FDP): Frage 2 wurde nicht beantwortet. Ich weiss nach wie vor nicht, welche der angekündigten Botschaften 2014 unterbreitet werden.

Weiterführung Debatte Geschäft Jurastrasse

Karin Hefti, Sprecherin FiGPK (FDP): Die FiGPK hat in der letzten Legislatur verschiedentlich die Einführung einer übergeordneten Gesamtplanung der Infrastrukturprojekte gefordert. Diese Gesamtplanung für die Strassen, Wasser und Elektrizitätsversorgung fehlt nach wie vor. Es fehlt das Führungsinstrument für die langfristige Planung der Projekte für die Werterhaltung und die Neubauten. Die Planung soll sicherstellen, dass die knappen finanziellen Mittel maximal eingesetzt werden können. Dies ist die Ausgangslage der heutigen Problematik. Im Juni 2012 hat der Einwohnerrat die Vorlage zurückgewiesen, weil er die Sanierung Jurastrasse nicht als dringend eingestuft hat. Im Rahmen der „Werterhaltungsplanung“ für Strassen, Wasser und Abwasser, aber ohne Elektrizitätsversorgung, wurde die Jurastrasse in die Priorität 2 eingestuft, unmittelbar nach den Projekten der Priorität 1. Die Botschaft enthält drei teure Varianten, die Günstigste enthält nur die Strassenentwässerung. Die FiGPK hat folgende Überlegungen angestellt. Werterhaltungsplanung: Wie dringend ist die Sanierung einer teuren Variante im Vergleich mit anderen Investitionsprojekten? Aufgrund der fehlenden übergeordneten Planung kann diese Frage nicht beantwortet werden. Es ist nicht abschätzbar, wie dringend die Umsetzung einer teuren Variante, im Vergleich zu den anderen Investitionen, ist. Die anhaltende schwierige finanzielle Situation lässt nur die Realisierung der Strassenentwässerung zu. Damit ist dieses Problem gelöst. Dieses Vorgehen ist richtig, wenn eine dringende Sanierung der Wasser- und Abwasserleitungen nicht notwendig ist. Die FiGPK empfiehlt dem Einwohnerrat auf den Verpflich-

tungskredit Sanierung Jurastrasse Süd zum jetzigen Zeitpunkt nicht einzutreten, jedoch das Projekt bei Vorliegen einer übergeordneten Projekt-Gesamtplanung wieder in Erwägung zu ziehen.

Die FiGPK empfiehlt die sofortige Erstellung einer umfassenden Projektportfolio-Planung mit Priorisierung der Projekte, welche alle Bedürfnisse der Spezialfinanzierungen und der Strasse berücksichtigt. Dieser Masterplan ist bis im September 2014 zu erstellen.

Basis dieser Gesamtplanung ist das Inventar, welches über den Zustand der Strassen und Leitungen informiert. Für jedes Projekt soll eine Entscheidungsmatrix mit der Zustandsbewertung der einzelnen Strassen, Wasser, Abwasser und EW mit Priorisierung erstellt werden. Dieser Masterplan muss einerseits der Substanzerhaltung, andererseits den vorhandenen finanziellen Mitteln Rechnung tragen.

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP): Dem Einwohnerrat liegt das Schreiben der Anwohner der Jurastrasse vor. Drei wesentliche Punkte werden angeführt: Das Meteorwasser, die überfällige Sanierung der Strasse, weil sie als Umfahrung der Hauserstrasse dient, und die mangelnde Beleuchtung. Der Einwohnerrat ist eingeladen, dieses Schreiben in seine Meinungsbildung einzubeziehen.

Eintretensdebatte

Philipp Umbricht (FDP): Mehrheitlich befürworten wir Eintreten. Die Jurastrasse hat einen gravierenden Mangel. Bei starken Regenfällen werden die Grundstücke überschwemmt und dieser Zustand ist rechtlich und für die betroffenen Anwohner nicht haltbar. Wir priorisieren Variante 4, damit wird das Problem der Strassenentwässerung gelöst.

Martin Schibli (EVP): Eintreten war auch bei uns eine Frage, der Handlungsbedarf ist aber unbestritten. Die Vorlage wurde verbessert, Mehrkosten und verschiedene Varianten werden aufgezeigt. Negativ und ein Grund für das Nichteintreten wäre, dass der Einwohnerrat in dunkler Nacht, bei Nebel und Sturm, auf Sicht fliegen muss. Für eine sichere Landung bei schwierigen Bedingungen fehlen wesentliche Instrumente. Eine koordinierte Werterhaltungsstrategie mit klaren Prioritäten fehlt. Die Anwohner der Jurastrasse sollen dafür nicht bestraft werden und weitere Jahre auf eine Lösung warten. Aus diesem Grunde befürworten wir Eintreten.

Reto Candinas (SP): Wir teilen die Meinung von Martin Schibli.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Reto Candinas (SP): Die Botschaft erfüllt die Anforderungen nicht. Zwei Gründe für die Rückweisung vor zwei Jahren wurden bereits erwähnt. Es ist nicht klar, welche Strassen aus welchen Gründen in welchem Zeitraum saniert werden sollen. Die Werterhaltungsstrategie ist nicht aktuell, sie muss ergänzt und aktualisiert werden. Nachvollziehbare, von Heidi Ammon begründete Einzelfälle, gibt es. Trotzdem fehlt uns die konkrete Begründung, weshalb die Sanierung der Strasse und der Werkleitungen so dringend sind. Gemäss Werterhaltungsliste hat die Jurastrasse Priorität 2. Einen Grund für eine Verkehrsberuhigung sehen wir nicht. Ist das Vorgehen richtig, wenn die Jurastrasse als Umfahrung benützt wird? Dem Einwohnerrat fehlen die Entscheidungsgrundlagen, Begründungen fehlen. Anfänglich haben wir uns für Nichteintreten entschieden. Aus den bereits genannten Gründen sind wir zum Schluss gelangt, dass dies destruktiv ist und wohl keinen Nutzen bringt. Einige Vorlagen haben wir mit der gleichen Begründung schon zurückgewiesen. Entweder wird der Einwohnerrat nicht verstanden oder nicht ernst genommen. Schlussendlich haben wir uns auf Eintreten geeinigt. Wir fordern die Umsetzung unserer Anliegen mit einer Motion. Wir behalten uns vor auf Strassenprojekte nicht mehr einzutreten, wenn unsere Forderungen nicht erfüllt werden.

Die Präsentation der verschiedenen Varianten ist eine Verbesserung. Nur die minimalste Variante zu realisieren, erachten wir im Hinblick auf eine spätere Gesamtsanierung nicht als sinnvoll. Wir stimmen zähneknirschend der Variante 3 zu. Wir hoffen, dass unsere Motionsforderungen im Hinblick auf die grossen Investitionen im Jahre 2015 erfüllt sind.

Marco Valetti (SVP): Die Vorlage ist bei uns unbestritten. Die nachvollziehbaren Anliegen der Anwohner bestätigen diese Haltung. Ich verstehe die Rügen nicht ganz. Als Angestellter der Planung + Bau oder des EW's käme ich mir komplett am falschen Platz vor. Bin ich nun ein Fachmann oder ein Laie? Das Vertrauen in die Mitarbeitenden ist verloren gegangen. Vor zwei Jahren haben wir der Werterhaltungsstrategie mehrheitlich zugestimmt. Es wurde festgelegt, dass pro Jahr zwischen CHF 300'000.00 bis CHF 400'000.00 in die Strassen investiert werden. Realisiert haben wir noch nichts,

aufgeschoben bedeutet nicht aufgehoben. Wir können weiter stundenlang darüber diskutieren, welche Strasse am dringendsten saniert werden muss. Wir müssen beginnen und den Mitarbeitenden vertrauen. Diese kennen den Zustand der Leitungen, wissen, wie viele Leitungsbrüche repariert werden mussten. Die Forderung nach einem Masterplan erfordert eine Stellenaufstockung um 200% bei der Planung + Bau. Diese Arbeiten muss jemand erledigen und die Belastung ist bereits heute mehr als gross. Eine Mehrheit der SVP beantragt, Variante 2 zu realisieren.

Philipp Umbricht (FDP): Eintreten war für uns unbestritten. Diskutiert wurde die Variantenwahl: Entweder CHF 50'000.00 oder CHF 900'000.00. Wir waren uns schnell einig, dass nicht ein solcher Betrag für die Jurastrasse beantragt wird, wenn keine Notwendigkeit besteht. Was uns stört und ebenfalls zur Einreichung einer Motion führt ist, wie dringend ist die Sanierung im Vergleich mit anderen Strassen? Reto Candinas hat dies bereits angesprochen. Mehrheitlich stand eine grosse Variante im Vordergrund, die Frage war, welche? Die Realisierung der Variante 1 ist kontraproduktiv. Zur Diskussion standen somit noch die Varianten 2 und 3. Der Gemeinderat beantragt Variante 3 mit der Begründung des Schleichverkehrs und den beruhigenden Massnahmen. Mit keiner dieser Varianten kann der Schleichverkehr verhindert werden, dieser wird bestehen bleiben. Die Verkehrsbewegungen, sie waren leider nur auf den Tag und nicht auf die Stunde aufgeschlüsselt, sind in beiden Richtungen etwa gleich hoch. Dies bedeutet, dass der Schleichverkehr in erster Linie hausgemacht ist. In der Regel fahre auch ich zweimal pro Tag über die Jurastrasse. Ich kann persönlich bestätigen, dass die Strasse ohne Gegenverkehr befahren werden kann. Somit spielt es keine Rolle, ob die Strasse 3 oder 5 m breit ist. Die Verengung entfaltet erst dann eine Wirkung, wenn die Fahrzeuge regelmässig anhalten müssen. Für die Unterbindung des Schleichverkehrs müssen andere Lösungen gesucht werden. Wir haben uns schlussendlich für die Unterstützung der Variante 2 und somit des Antrages der SVP entschieden. Die Jurastrasse Süd und Nord soll als eine Strasse wahrgenommen und auf der ganzen Länge gleich gestaltet werden.

Barbara Scheidegger (CVP): Auch wir haben dieses Geschäft intensiv diskutiert. Eine einstimmige Meinung haben wir jedoch nicht. Die bereits erwähnten Punkte waren auch bei uns ein Thema. Dringlichkeit, Zweckmässigkeit und Finanzen wurden sehr kontrovers diskutiert. Auch wir wünschen eine übergeordnete Planung, welche über die Prioritäten und die Sanierungsbedürftigkeit Auskunft gibt. Wir sind gefühlsmässig im Dunkeln und können uns nur auf eine hoffentlich seriös ausgearbeitete Vorlage der Ab-

teilung Planung + Bau verlassen. Die Jurastrasse soll nun als erste Strasse saniert werden. Da wir mehrmals Sanierungsvorlagen zurückgewiesen haben, möchten wir die Jurastrasse realisieren. Die Zweckmässigkeit der Varianten wurde lange diskutiert. Wie SVP und FDP haben wir uns schliesslich für Variante 2 entschieden. Die Jurastrasse Süd soll analog Nord gestaltet werden. Alle gleichbreiten Strassen im Quartier haben Trottoirs, dies ist für die Fussgänger die sicherste Variante.

Zu den Finanzen: Der Gemeinderat hat beantragt, pro Jahr CHF 300'000.00 für Strassensanierungen einzusetzen. Damit diese Limite eingehalten werden kann, wäre die übergeordnete Planung sehr hilfreich. Wir bitten diese vorzulegen.

Martin Schibli (EVP): „Steter Tropfen höhlt den Stein“ ist das Motto. Die fehlende Gesamtschau ist auch für uns problematisch. Ohne Überblick werden wir keine Strassenprojekte mehr bewilligen. Diese Gesamtschau ist zügig zu bearbeiten. Auf Wunsch arbeiten wir gerne in einer Arbeitsgruppe mit.

Zu den Varianten: Wir erachten verkehrsberuhigende Massnahmen als sinnvoll. Unsere Haltung zu den Varianten 2 und 3 ist unterschiedlich. Ich äussere mich deshalb nicht weiter dazu.

Agimantas Gegeckas (CVP): Ich spreche als Anwohner der Jurastrasse. Nach der Vorgeschau über die übergeordnete Planung kommen wir auf den Boden zurück. Ich wohne auf der Nordseite. Das Wasser ist in Ordnung, aber zu den Stosszeiten kann ich nur mit Mühe vom Hauseingang über die Strasse zur Garage gelangen. Es stehen immer zwei bis drei Fahrzeuge um sich zu kreuzen, es besteht dichter Gegenverkehr. Zu bedenken ist, dass wer die Hauserstrasse umfährt in Sekunden rechnet. Der Autofahrer sieht 10 Sekunden bereits als Gewinn an. Verliert er diese Sekunden, lohnt es sich nicht mehr, die Jurastrasse als Schleichweg zu benützen. Dies ist für mich der Hauptgrund, weshalb auf der Jurastrasse eine Verkehrsberuhigung mit baulichen Massnahmen realisiert werden soll.

Heiko Loretan Kühnis (CVP): Die Fraktionen haben in ihren Voten finanzpolitische oder strategische Positionen vertreten. Die Fachkompetenz der Verwaltungsangestellten der Abteilung Planung + Bau wurde mit keinem Wort in Frage gestellt.

Fredy Bolt (SP): In Berücksichtigung der finanziellen Situation wäre die Variante 4 zu priorisieren. Weder die Einwohner an der Jurastrasse, die Finanzen, noch die Planungsgrundlagen haben sich seit 2012 verändert. Die Diskussion zeigt, dass der Entscheid zu

Gunsten der Variante 2 oder 3 ausfallen wird. Ich befürworte die Variante 3. Ich bin eine Stunde an der Jurastrasse gestanden. Diese besteht aus dem sanierten Nordteil und dem nicht sanierten Südteil. Die Gestaltung des Nordteils entspricht eher einer sportlichen Herausforderung, denn einer Verkehrsberuhigung. Aus diesem Grunde ist der Variante 3, welche nur minimal teurer ist als die Variante 2, der Vorzug zu geben.

Heinz Wipfli, Gemeinderat (CVP): Der Gemeinderat trägt für den Zustand der Strassen und die Verkehrssicherheit die Verantwortung. Aus dieser Verantwortung heraus ist es ihm sehr wichtig, die Sanierung realisieren zu können.

Wir haben letztes Jahr Arbeitssitzungen durchgeführt. Leider waren nicht alle Einwohnerräte anwesend, in der Diskussion wurde das Bedürfnis erkannt. Der Gemeinderat ist bereit, die planungstechnischen Dialoge zu führen, um den Detaillierungsgrad des Sanierungskonzeptes herauszufinden. Prioritär ist uns die Lösung des Problems Jurastrasse mit der Genehmigung dieses Kredites sehr wichtig.

Offene Abstimmungen

Gegenüberstellung Varianten 2 und 3

Antrag SVP - Variante 2	19 Stimmen
Antrag Gemeinderat - Variante 3	12 Stimmen

Der Einwohnerrat fasst mit 27 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Genehmigung Verpflichtungskredit von total CHF 920'000.00 exkl. Mehrwertsteuer für die Sanierung Jurastrasse Süd (Variante 2).

6 2014.16

Motion Toni Burger (CVP) und Mitunterzeichner betreffend Verminderung Verzinsungsaufwand für die APK-Ausfinanzierungsschuld; Überweisung

Toni Burger (CVP): Die Motion datiert vom 16. Oktober 2013 und wurde an dieser Sitzung eingereicht. Die Überweisung ist erst jetzt traktandiert. Ich erwähne dies, weil das Verwaltungsgericht kurz nachher die Forderung der APK gegenüber einer anderen

Gemeinde mehrheitlich abgewiesen hat. Nur ein Teil der Forderung wurde anerkannt, die APK hat deshalb das Urteil an das Bundesgericht weitergezogen. Dessen Entscheid steht noch aus. Ich halte an der Motion fest, der Gemeinderat soll die Risiken abwägen. Besteht noch eine Chance, dass die Pensionskasse Recht erhält oder wird das Urteil des Verwaltungsgerichtes gestützt. In diesem Falle müsste Windisch ebenfalls nur einen kleinen Teil der bestehenden Forderung bezahlen.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Toni Burger hat die veränderte Situation angesprochen. Bereits 2006 hat die SP ein Postulat mit ähnlichem Inhalt eingereicht, dieses hat der Gemeinderat am 16. März 2007 beantwortet. Wir haben in der Antwort ausgeführt, dass eine Zahlung von der APK als Schuldanerkennung angesehen werden kann. Auch die Verzinsung war in dieser Beantwortung ein Thema. Der Kanton hat angeboten, Gemeinden, welche Probleme mit der Finanzierung haben, einen gewissen Geldbetrag zur Verfügung zu stellen. Diese Mittel müssten allerdings, wie bei der Bank, verzinst werden.

Wir waren seither nicht tatenlos. In Absprache mit dem beigezogenen Juristen haben wir die APK angefragt, ob sie eine Zahlung ohne Schuldanerkennung akzeptieren würden. Von der APK haben wir nie eine Antwort erhalten, wir gehen nicht davon aus, dass diese noch kommt. Der Gemeinderat hat auf Anraten unseres Juristen, den gestützt auf das Urteil des Verwaltungsgerichtes berechneten Betrag überwiesen. Diesen Entscheid haben wir am 27. Januar gefällt. Es gilt nun abzuwägen, ob wir damit auf dem richtigen Weg sind und den Juristen vertrauen wollen. Die APK, es geht um sehr viel Geld, versucht nochmals mehr herauszuholen. Der Gemeinderat wehrt sich in diesem Sinne nicht gegen eine Überweisung der Motion. Der Gemeinderat hat erledigt, was möglich war. Der Entscheid liegt beim Einwohnerrat.

Toni Burger (CVP): Die Frage ist, ob das Bundesgericht innerhalb von sechs Monaten, die Frist für die Beantwortung der Motion, entscheidet. Gemäss Abklärungen mit dem Jurist und aufgrund von Erfahrungen ist es eher unwahrscheinlich, dass die APK Recht erhält. Eine Überweisung macht aufgrund der Ausführungen von Heidi Ammon keinen Sinn. Ich ziehe die Motion zurück.

Martin Schibli (EVP): Welche Summe wurde überwiesen?

André Gigandet, Verwaltungsleiter: CHF 137'000.00.

7 2014.17

Motion Barbara Scheidegger (CVP) und Mitunterzeichner betreffend Vergütungen aus Verwaltungsräten, Kommissionen usw; Überweisung

Barbara Scheidegger (CVP): Letztes Jahr hat der Gemeinderat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um die neue Entlohnung des Gemeinderates zu erarbeiten. An der letzten Sitzung, nach Vorlage des definitiven Vorschlages, wurde über die separate Ausarbeitung eines Spesenreglementes informiert. Mit diesem werden die zusätzlichen Vergütungen für Einsätze in Kommissionen und Verwaltungsräten geregelt. Ich habe erst in diesem Moment realisiert, dass Handlungsbedarf besteht und deshalb anfangs Jahr die Motion eingegeben. Es ist mir wichtig, die Arbeiten des letzten Jahres zu Ende zu führen. Es ist zu prüfen, was mit dem Reglement geregelt ist und welche Punkte zu wenig transparent sind und angepasst werden müssen. Aus der Begründung der Motion ist ersichtlich, weshalb uns dies sehr wichtig ist. Die aktuelle Entlohnung des Gemeinderates beinhaltet weiterhin einen Anteil ehrenamtlicher Tätigkeit. Deshalb gilt es genau zu prüfen, welche zusätzlichen Entschädigungen der Gemeinderat bezieht und ob dieser Bezug innerhalb der Behörde ausgeglichen ist. Wir bitten den Gemeinderat, die Motion zu bearbeiten. Die Revision des Personalreglementes wird zurzeit durch eine Arbeitsgruppe bearbeitet. Allenfalls werden unsere Forderungen bereits umgesetzt.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Der Gemeinderat hat für die Revision des Personalreglementes eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Diese Revision erfolgt nicht aufgrund der Voten im Herbst. Der Gemeinderat war sich seit längerer Zeit bewusst, dass das Personal- und Spesenreglement überarbeitet werden muss. Dabei steht jedoch vor allem das Personalreglement im Vordergrund. Mit der Botschaft der Gemeinderatsbesoldungen haben wir die zusätzlichen Arbeiten und die daraus resultierenden Entschädigungen offen ausgewiesen. Verwaltungsangestellte erteilen, neben ihrer Arbeit, noch Fachunterricht. Die Handhabung ist ebenfalls klar geregelt. Die Überarbeitung des Personalreglementes und der Personalverordnung haben wir in der Arbeitsgruppe am Montag verabschiedet. Wir hoffen, dass wir im April das Spesenreglement beraten können, damit dem Einwohnerrat im Juni die entsprechende Vorlage zur Genehmigung unterbreitet werden kann. Mit dieser Botschaft werden wir die gestellten Fragen beantworten. Ich habe Verständnis, dass Barbara Scheidegger die Überweisung der Motion beantragt, damit sie die Anpassung der Spesen kontrollieren kann.

Philipp Umbricht (FDP): Die Motion beinhaltet zwei Aspekte. Einerseits geht es um Vergütungen an das Personal, andererseits an den Gemeinderat. Die Überarbeitung des Spesenreglementes ist im Gange. In diesem Teil rennt die Motion sicher offene Türen ein. Im Oktober haben wir die Besoldung des Gemeinderates diskutiert. Ich habe bei den Verwaltungsratshonoraren die Frage aufgeworfen, ob diese Bestandteil des Lohnes sind oder nicht. Der Einwohnerrat hat beschlossen, dass diese nicht Bestandteil der Besoldung sind und diese somit für die nächsten vier Jahre fix festgelegt. Dieser Entscheid gilt, in den nächsten vier Jahren werden diese Entschädigungen zusätzlich zur Besoldung ausgerichtet. Wollen wir dies ändern, muss nochmals über die Besoldung diskutiert werden. Spätestens in vier Jahren ist diese Diskussion neu zu führen. Im Moment müssen wir uns auf unserer Entscheid behaften lassen. Ich unterstütze die Grundanliegen der Motion. Allerdings finde ich sie nicht notwendig, auf eine Überweisung kann verzichtet werden.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat beschliesst mit 18 Ja- gegen 12 Nein-Stimmen die Überweisung der Motion von Barbara Scheidegger (CVP) betreffend Vergütungen aus Verwaltungsräten, Kommissionen usw.

8 Beantwortung von gestellten Fragen

Anfrage Philipp Ammon (SVP) betreffend Strombezug

Heinz Wipfli, Gemeinderat (CVP): Eine Ergänzung: Als Privatkunden können auch Haushaltungen gelten. Unter Grosskunden fallen Gewerbe und Industrie.

Frage 1: Wie viele Privatkunden / Grosskunden nutzen das Angebot Graustrom?
249 Privatkunden und 21 Grosskunden.

Frage 2: Wie viele Privatkunden / Grosskunden nutzen das Angebot Ökostrom?
141 Privatkunden und 0 Grosskunden.

Frage 3: Wie viele Privatkunden / Grosskunden nutzen das Angebot Wasserstrom?
3'256 Privatkunden und 22 Grosskunden.

Frage 4: Kann der Bedarf Wasserstrom Schweiz vollumfänglich abgedeckt werden?
Ja, der Bedarf Wasserstrom Schweiz kann und ist vollumfänglich abgedeckt. Angebot und Nachfrage sind ausgeglichen.

Frage 5: Hat das EW Windisch Grosskunden verloren?

Ja, das EW Windisch beliefert vier Grosskunden nicht mehr.

Frage 6: Kann der Bedarf an Ökostrom wie deklariert aus Wasserstrom Windisch und Photovoltaik Windisch abgedeckt werden?

Der Bedarf wird aus 10% Photovoltaik-Anlagen aus Windisch und 90% Wasserstrom Schweiz abgedeckt.

Das Kleinwasserkraftwerk Windisch erhält im Oktober 2014 einen positiven KEV-Entscheid. Die Stromlieferung wird deshalb über KEV abgeliefert und ist für Windisch nicht mehr verfügbar.

Die Zahlen haben Status Ende Februar 2014.

Philipp Ammon (SVP): Besten Dank für die Beantwortung. Der letzte Punkt hat wohl nicht nur mich überrascht. Wird Windisch den Ökostrom abschaffen? Sind Vorstellungen über das weitere Vorgehen vorhanden?

Heinz Wipfli, Gemeinderat (CVP): Diese Frage, wie es 2015 / 2016 weitergehen wird, kann im Moment noch nicht beantwortet werden. Die Tarifberechnung, die Stromkategorisierung werden in Zusammenhang mit dem Budget 2015 Themen sein. Das EW wird im April / Mai mit den Vorarbeiten beginnen, der Gemeinderat berät die Unterlagen im Juli / August.

9 Mitteilungen des Gemeinderates

Rosi Magon, Vizeammann (SP): Für den westlichen Teil der Sommerau gibt es Überbauungsabsichten. Für das ganze Gebiet Sommerau besteht eine Gestaltungsplanpflicht. Der Gemeinderat hat beschlossen, eine nachhaltige und zukunftsweisende Überbauung zu realisieren. Er hat deshalb der Ausarbeitung eines Teilgestaltungsplans für das Gebiet Sommerau West unter Auflagen genehmigt. Wir werden über das Verfahren laufend informieren.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Einige Termine zum Vormerken: Die Sanierung des Bezirksschulhauses ist abgeschlossen. Die Ausarbeitung der Kreditabrechnung ist im Gange, sie wird dem Einwohnerrat voraussichtlich im Juni unterbreitet werden können. Der Infoanlass am 2. Juni 2014 wird im Bezirksschulhaus durchgeführt. Im Vorfeld führt Peter Menziger, welcher die fachliche Arbeit begleitet, durch das

sanierte Schulhaus. Er wird auch für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung stehen.

Im Juni wird der Rechnungsabschluss traditionell ein Thema sein. Das Budget 2013 rechnete mit einem Aufwandüberschuss von 1 Mio. Franken, die Rechnung schliesst mit einem kleinen Ertragsüberschuss ab. Dies darf sicher als positives Zeichen gewertet werden. Die Gründe, welche zu diesem Resultat geführt haben, werden wir zu gegebener Zeit noch detailliert erläutern.

In Zusammenhang mit der Jurastrasse möchte ich nochmals betonen, dass das Jahr 2013 für die Verwaltung sehr schwierig war. Einerseits fehlte die Führung, andererseits hatte die Abteilung Planung + Bau grosse Personalwechsel zu verkraften. Ich habe Verständnis für die geäusserten Anliegen. Ich freue mich, dass wir die zwei offenen Stellen mit zwei guten Fachkräften besetzen konnten. Die beiden Mitarbeiter müssen sich jedoch zuerst einarbeiten und dies benötigt Zeit. Die Bearbeitung der Projekte ist deshalb auch mit mehr Zeitaufwand verbunden. Eine Abbildung der verlangten Werterhaltungsstrategie ist Bestandteil der Finanzplanung. Alle Strassenprojekte sind dort abgebildet. Die Erarbeitung der verlangten detaillierten Werterhaltungsstrategie benötigt Zeit, aber auch finanzielle Ressourcen. Die Folgerung aus den heutigen Diskussionen ist, dass im Juni, spätestens im Oktober dem Einwohnerrat einen Kreditantrag unterbreitet werden muss, damit die verlangte Arbeit erledigt werden kann. Der Einwohnerrat muss sich bewusst sein, dass er mit seinen Zeichen die Werterhaltung weiter verzögert. Wie lange der Prozess dauern wird, wie schnell ein Konsens gefunden werden kann, wird sich zeigen. Auch der Einwohnerrat trägt eine Verantwortung. Der Gemeinderat und die Teilnehmer des Finanzworkshops waren sich einig, pro Jahr Fr. 350'000.00 in die Sanierung der Strassen zu investieren. Diesen Betrag werden wir nicht immer einhalten können. Das Jahr 2013 war sehr schwierig und wir sind immer noch am Aufarbeiten der verschiedenen Lücken und Engpässe. Ich spüre es selbst, dass das Amt des Gemeindeammanns ein Jahr lang nicht besetzt war. Dies erfordert mehr Zeit und finanzielle Ressourcen. Ich danke für das Verständnis.



10 Neueingänge

Motion Reto Candinas (SP) und Mitunterzeichner:

Portofolio-Planung Strassensanierung unter Berücksichtigung der Werke

Konzeptplanung Verkehrsberuhigungsmassnahmen.

Schluss der Sitzung: 21.00 Uhr

Treffpunkt: Restaurant Al Ponte

EINWOHNERRAT WINDISCH

Der Einwohnerratspräsident:

Der Gemeindeschreiber II: